

NEIN ZUM Sozialabbau

Stellen Sie sich vor, die Regierung würde per Fernsehen verkünden, daß sie und die Unternehmer beschlossen hätten, die Einkommen aller Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Studenten dieses Jahr um 5 Prozent zu senken.

Claus Ludwig, Köln

Unmöglich? Das würde einen Aufstand geben? Klar, wenn sie das offen verkünden und auf einen Schlag durchziehen würden. Aber so dämlich sind Kohl und Co. nicht. Sie kürzen mal bei den Arbeitern, mal bei den Kranken, mal bei den Studenten. Doch am Ende kommt das gleiche raus: sinkende Einkommen und härter arbeiten für alle, denen keine Banken und Konzerne gehören – oder als Politiker im Dienst von Banken und Konzernen stehen.

Kommunaler Kahlschlag

Viele Sparbeschlüsse braucht die Regierung gar nicht zu treffen. Durch die Abwälzung der Kosten auf die Kommunen haben diese den Schwarzen Peter. Sie erhöhen die Müllgebühren oder Nahverkehrspreise, verteuern soziale Dienstleistungen oder schaffen sie einfach ganz ab. Schwimmbäder, Jugendzentren, Seniorentreffs – nichts ist vor der Kürzungswut sicher.

Das Problem mit den Kindergärten hat die „familienfreundli-

che“ CDU ganz einfach gelöst: Die Kommunen sollen machen, aber Geld gibt es keins. Die Städte helfen sich auf ihre Weise: Sie rechnen, bis es stimmt – ohne neue Kindergärten und Stellen einzurichten. Da muß dann auch eine zweistündige Nachmittagsbetreuung als voller Kita-Platz herhalten.

Krankenversicherung

Nachdem die Arbeitnehmer die Pflegeversicherung durch den Wegfall eines Feiertages alleine bezahlen, schlägt Krankheitsminister Seehofer jetzt vor, die Krankenversicherung umzustrukturieren. Der Anteil der Unternehmer soll festgeschrieben werden, der Anteil der Arbeitnehmer flexibel gestaltbar sein. Wird mehr ausgegeben, müssen wir mehr zahlen.

Schon jetzt kann von einer 50:50-Regelung bei der Krankenversicherung keine Rede mehr sein. Durch steigende „Selbstbeteiligung“ zum Beispiel bei Medikamenten bezahlen die Arbeitnehmer heute 60 Prozent der Gesundheitskosten.

Ob Seehofer's Vorstellungen durchkommen ist unklar, aber eigentlich auch egal. Jede Woche kommen neue Vorschläge, wie man Arbeitnehmer belasten, wo gekürzt werden kann. Davon muß nur ein kleiner Teil umgesetzt werden.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Während die



Kohl kann sich und seinen Unternehmerfreunden auf 12 Jahre erfolgreicher Angriffe auf die Arbeitnehmer zuprosten.

Profite von Banken und Konzernen steigen – die Diäten auch, schließlich müssen Politiker bei Manager-Parties mithalten – ist für die Masse „Gürtel enger schnallen“ angesagt.

Das ist nicht nur der böse Wille der Regierung. Die da oben wissen ganz genau, wie ihr System funktioniert. Sie wissen, daß der Aufschwung nicht ewig

anhält, daß die Weltwirtschaft knirscht und eine neue Krise kommen wird. Dafür sollen die arbeitenden Menschen bezahlen, das wird uns jeden Tag eingepaukt.

Immer mehr Arbeiter und Jugendliche spüren, daß es bergab geht, wenn man sich nicht wehrt. Die einzigen, die davon absolut nichts hören wollen,

sind die Führer der Gewerkschaften und der SPD. Sie wollen uns noch immer einreden, man könne das Schlimmste verhindern, indem man das Zweit-schlimmste zuläßt. Die Unternehmer und ihre Regierung vertreten ihre Klasseninteressen knallhart und gezielt. Die Führung der Arbeiterbewegung verteidigt bestenfalls ihr eigenen

Posten knallhart.

Wir brauchen eine konsequente Interessenvertretung für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Jugendliche, Leute, die nicht den bequemen Sessel am Verhandlungstisch für den Kern der Arbeiterbewegung halten. Die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) will dazu einen Beitrag leisten – Mach mit!

Bremen: Bürgerschaftswahlen

Tiefe Krise der SPD

Seit über einem Jahrzehnt befindet sich die bremische SPD im Niedergang. Verzieht die Bremer Arbeiterschaft dem damaligen Senatspräsidenten Koschnick 1983 die Schließung einer Werft noch unmittelbar vor der Wahl, haben seine Nachfolger in der Senats- und Parteilührung jeden Kredit verspielt.

**Michal Müller, SAV
Bremerhaven**

Die SPD ist bei den Bürgerschaftswahlen auf 33,4 Prozent abgerutscht und verlor gegenüber 1991 fast 29 000 Stimmen. Vor allem in den Arbeitervierteln war die Wahlbeteiligung niedrig, in Bremerhaven, wo die Krise bei 18 Prozent offizieller Arbeitslosigkeit am härtesten wirkt, gingen nur 61,1 Prozent zur Wahl, in einigen Vierteln sogar unter 50 Prozent. Vor allem ehemalige SPD-Anhänger blieben zuhause.

Möglich ist jetzt eine rot-grüne Koalition. Deren Politik wird sich jedoch kaum von der der jüngst geplatzen Ampel-Koalition (SPD-FDP-Grüne) unterscheiden, auch die ausgesprochen bürgerlichen Bremer Grünen wollen Sozialkürzungen, natürlich „sozial ausgewogen“.

Wegen der knappen Mehrheit und weil es gerade in der Bürgerschafts-Fraktion viele Anhänger einer Zusammenarbeit mit der CDU gibt, könnte über kurz oder lang ein Große Koalition herauskommen. Die erste Regierungsbeteiligung der CDU in Bremen wäre mit einer Verschärfung von Sozialabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verbunden.

Bürgermeister Wedemeier und die diversen Parteivorsitzenden seit 1985 konnten nicht mehr auf die Einmaligkeit der Werftschließung und neue Arbeitsplätze in der damals boomenden Automobilindustrie hinweisen.

Darüberhinaus unterwarf sich der Bremer Senat der Kohl-Regierung und ihrer Kürzungspolitik. In zwei Verfassungsge-

richtsprozessen erstritt sich Bremen zwar einige Milliarden aus dem Bundeshaushalt, aber garantierte Kohl und Waigel im Gegenzug strikte Ausgabenbegrenzung des Haushaltes.



Wahlwerbung von SPD und Grünen: Wedemeier-Jubel-Bildchen und grün gefärbte bürgerlich-konservative Vorstellungen wirkten auf die Wähler eher abschreckend – 39 Prozent blieben zuhause



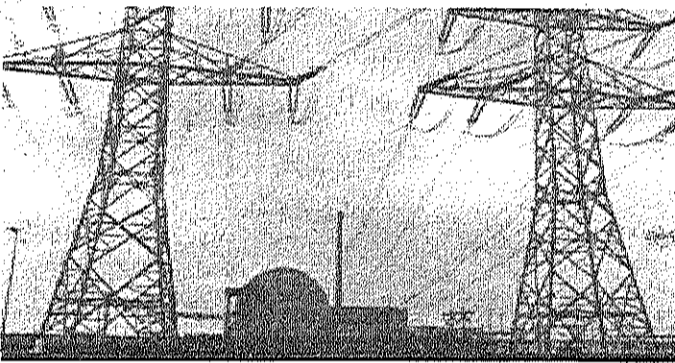
Seitdem spielten Wedemeier und seine Senatskollegen die Arbeitnehmerschaft, die Jugend, Alleinerziehende und Ausländerinnen gegeneinander aus, um die Sparpolitik durchzusetzen.

Ihnen werden die Lasten der Haushaltsbeschränkungen – der von Bonn verordneten Armut der öffentlichen Kassen – aufgebürdet. Nach der Salami-Taktik wurde eine Gruppe nach der anderen vorgenommen: Schließung von Schwimmbädern, Verschlechterung der schulischen Ausbildung, Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Kürzungen bei der Sozialhilfe sind nur einige Beispiele, die verschiedene Gruppen der Bevölkerung betreffen.

Jetzt ist jedoch der Spielraum erschöpft. Alle Werftarbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven sind in den nächsten Monaten akut gefährdet. In Bremerhaven,

die Betonierung der Landschaft, den Abbau von Werftarbeitsplätzen und die Riesenprofite für den Daimler-Benz-Konzern subventioniert.

Die SPD-Führer in Bremen und Bremerhaven stehen inzwi-



Die Stromkonzerne wissen genau, was verfassungskonform ist: alles was ihnen Profite bringt. Anderen Gesetzen setzen sie unternehmerische Zivilcourage entgegen

schen mit beiden Beinen im Unternehmerlager, haben sich in Skandale verwickelt und sind für die eigene Parteibasis nicht mehr erreichbar. Tausende Mitglieder sind ausgetreten oder inaktiv geworden. Jugendliche Nachwuchsfunktionäre, in den 70ern und 80ern der aktive und linke Teil der Partei, sind inzwischen über die Partei mit guten Jobs versorgt oder haben sich selbst eine angenehme Existenz geschaffen.

Die SPD bröckelt

In der SPD gibt es weder ein Programm, um Arbeitnehmer-Interessen zu vertreten und damit aus dem Sumpf herauszukommen noch existieren in der Partei Kräfte, die den Kampf dafür aufnehmen wollen.

Mit der Krisenverwaltung zu Lasten der Beschäftigten, Arbeitslosen und der Jugend, die unabhängig vom Koalitionspartner stattfinden wird, wird der Niedergang der SPD weitergehen.

Es ist notwendig, eine neue Organisation aufzubauen, die die Interessen von Arbeitnehmern und Jugendlichen vertritt. Die Sozialistische Alternative (SAV) hat sich dies zum Ziel gesetzt. Wir fordern alle von Kürzungspolitik und Sozialabbau Betroffenen auf, gemeinsam mit uns zu kämpfen.

Schüleraktionen in Stuttgart

Erst der Anfang

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir, und da lernen wir gerade, daß Bildung immer mehr zum Luxus wird, den sich reiche Eltern für ihre Kinder eher leisten können als andere.

**Tinette Schnatterer,
Mitglied im Stuttgarter
SchülerInnenrat**

Jede Woche werden in Deutschland 30 Millionen DM für Nachhilfe ausgegeben. Die Anforderungen werden höher, die Lernbedingungen immer schlechter. In Baden-Württemberg bedeutet das, daß in Zukunft alle 5. Klassen bis auf 33 SchülerInnen „aufgefüllt“ und dann „überschüssige“ Schüler an andere Schulen verwiesen werden sollen.

Bei steigenden Schülerzahlen werden weniger Lehrer eingestellt als nötig und die älteren Lehrer „dürftiger“ länger arbeiten. Außerunterrichtliche Aktivitäten wie AGs und Klassenfahrten werden zusammengestrichen.

Zusätzlich zu diesen schwäbischen Bildungsabbau-Spezialitäten droht bei der Kultusministerkonferenz im Herbst die Abschaffung der Wahlmöglichkeiten auf der Oberstufe und die

Wiedereinführung des 60er-Jahre-Abiturs.

SAV-Mitglieder im Stuttgarter Schülerrat ergriffen deshalb die Initiative zu ersten Protesten. Während der großen Pause versammelten wir an verschiedenen Schulen SchülerInnen und Lehrer, um per Megaphon über die drohenden Sparschweineereien zu informieren. Dabei mobilisierten wir zu einer Kundgebung in der Innenstadt, bei der wir die Situation der „Schule 2000“ darstellten – falls sich nichts ändert: Eine eingezäunte Klasse, völlig überfüllt, wurde von einem 80jährigen Lehrer „unterrichtet“. Dazu hielt ein Vertreter der GEW, der Lehrgewerkschaft, eine Rede, in der er sich mit unseren Forderungen nach Verkleinerung der Klassen auf 20 SchülerInnen, mehr AGs und die Einstellung von 3000 neuen LehrerInnen in Baden-Württemberg solidarisch erklärte.

Diese Aktionen waren erst der Auftakt. Vor den Sommerferien ist eine gemeinsame Demo von Schülerrat und GEW unser Ziel. Das ist eine gute Vorbereitung, um dann im neuen Schuljahr voll loszulegen, wenn der allgemeine Angriff auf das Abitur anrollt.

Vor dem Gesetz sind einige gleicher

Klar ist das traurig, wenn eine Wohnung geräumt wird und die Mieter auf die Straße gesetzt werden. Aber man muß doch einsehen: die Zahlung der Miete wurde vereinbart, wird sie nicht gezahlt, ist das Gesetz eindeutig: Das Mietverhältnis kann beendet werden.

Kann man schon verstehen, wenn Leute kein Atomwärmelager vor ihrer Haustür haben wollen. Aber wenn die Regierung nun einmal beschlossen hat, den Atomwärmelager zu lagern, dann kann man zwar protestieren, aber die Schienen zu blockieren, das geht zu weit. Da ist das Gesetz eindeutig: Die Polizei muß diese Leute beseitigen, Geldstrafen müssen verhängt werden.

Recht auf Widerstand? Typisch linke Aufreißer. Da kann ja jeder kommen und sein Recht auf Widerstand verkünden. Wir alle müssen uns an die Buchstaben des Gesetzes halten.

Alle? Nein. Ein kleiner Haufen aufrechter Bürger zeigt Zivilcourage. Sie leisten Widerstand gegen ein Gesetz, wel-

ches sie nicht für verfassungskonform halten. Das Strom-einspeisegesetz verpflichtet die Energiekonzerne, erneuerbare Energien (Wasser-, Wind-, Sonnenenergie) zu nutzen, diese kostendeckend anzubieten und somit zu subventionieren. Die Stromkonzerne machen dies einfach nicht, weil sie die erneuerbaren Energien klein- und ihre Profite hochhalten wollen. Den Rechtsbruch empfohlen hat die Vereinigung der Deutschen Elektrizitätswerke (VDEW), unterstützt werden die Konzerne auch vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Die Politiker üben sich in Toleranz und Minderheitschutz: Der Wirtschaftsausschuß des Bundestages verurteilte die Strategie der Stromkonzerne – Welch mächtige Strafe! Angehörige einer anderen schutzbedürftigen Minderheit wie der FDP-Abgeordnete Paul Friedhoff, äußerte Verständnis für den Rechtsbruch der Konzern.

Vor dem Gesetz sind einige eben gleicher.

In eigener Sache

Die VORAN wird vorläufig nur mit 8 Seiten Umfang und im Eigendruck erscheinen. Wir befinden uns zur Zeit in einer angespannten finanziellen Situation. Gleichzeitig haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt, im Aufbau unserer Organisation vorwärtszukommen. Wichtig ist dabei die Kampagne-Tätigkeit vor Ort, vor allem die Unterstützung für den SAV-Stadtverband Bremerhaven, dessen Kampagne zu den Kommunalwahlen in die entscheidende Phase geht.

Für den Wahlkampf müssen wir eine Menge politisches Material – Flugblätter, Broschüren, Plakate – herausgeben, auch andere Orte produzieren eigenes Material.

Daher hat die Bundeszentrale entschieden, für die nächsten Monate unsere beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen zusammenzufassen und vorläufig die VORAN in verringertem Umfang selbst zu drucken. Wir entschuldigen uns bei unseren Leserinnen für die dadurch bedingte gesunkene technische Qualität, glauben aber, daß unsere vermehrten Anstrengungen in anderen Bereichen das aufwiegen wird und wir damit die Grundlage zu einem Ausbau unserer bundesweiten Publikationen in einigen Monaten legen.

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistenleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisation eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen Kolleginnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

Tarifrunde 95

Lohnverlust im Aufschwung

Daß die Unternehmer jede Rezession nutzen, um den Lebensstandard zu drücken, ist nichts Neues. Neu ist aber, daß sie selbst im Aufschwung auf Teufel-komm-raus nicht mehr bereit sind, etwas rüberwachsen zu lassen. Sie wollen in Zeiten voller Auftragsbücher und explodierender Gewinne Löhne senken und Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Das zeigt: Die Marktwirtschaft hat uns nichts mehr zu bieten. Erst hat uns die Kohl-Regierung mehr Steuern und Abgaben aufgezogen, um den Reichen mehr Geld in den Rachen zu stopfen. Kurz darauf nutzten die

Eine Strategie der ÖTV-Führung ist inzwischen, das Tarifiergebnis zu verschleiern, einzelne Punkte zu verschieben und später zu verhandeln. Noch ist unklar, was genau festgelegt wurde und was wann verhandelt wird. Daher werden wir uns in der nächsten VORAN näher mit dem Abschluß im öffentlichen Dienst und seinen Konsequenzen beschäftigen.

Unternehmer die Tarifrunde für die nächste Umverteilungsrunde zu ihren Gunsten. Ihr erklärtes Ziel war es, die Lohnkosten weiter zu senken. Die paar Prozente Zugeständnisse müssen die Beschäftigten selber bezahlen: durch erhöhten Arbeitsdruck und Flexibilisierung.

Die Metallarbeitgeber ließen es auf eine offene Konfrontation ankommen, weil die Mehrheit im Arbeitgeberverband glaubte, damit durchzukommen.

Führung kapituliert

Die meisten KollegInnen haben nicht mehr als eine 3 vor dem Komma erwartet. Jeder

konnte sich ausrechnen, daß bei Ausgangsforderungen um 6 Prozent – die von der Gewerkschaftsspitze durchgesetzt wurde – nicht mehr rauskommt. Denn die Gewerkschaftsführung war auch in diesem Jahr nicht bereit, die aufgestellte Forderung voll durchzusetzen. Im Klartext heißt das, daß auch die Gewerkschaftsführung nicht mehr bereit ist, im Aufschwung Reallohnerhöhungen durchzusetzen.

Stattdessen wurden weitere Zugeständnisse an die Profitinteressen der Unternehmer gemacht. Die HBV hat genauso wie die DAG tarifvertraglich zugestanden, daß in Rechenzentren der Samstag Regelarbeitstag wird. Mit Sicherheit wird es nicht bei den Rechenzentren bleiben. Die Spitzenfunktionäre aller Gewerkschaften sind zu weitgehenden Flexibilisierungen bereit.

Die ÖTV-Führung hat sich die Argumente der leeren Staatskassen zu eigen gemacht. Die Konsequenz heißt Bereitschaft zu Privatisierung, Arbeitsplatzabbau, Rationalisierung und Flexibilisierung. Diese defensive Politik der Gewerkschaftsführung ermutigt die Unternehmer, immer frecher zu werden. Auch dafür ist die Tarifrunde das beste Beispiel. Die unverschämten Forderungen der Arbeitgeber waren auch Folge der defensiven Tarifpolitik der letzten Jahre. Und wenn die Gewerkschaftsführung nur 6 Prozent fordert, warum sollten die Unternehmer überhaupt was anbieten?

Kämpfen lohnt sich

Von nichts kommt nichts. Selbst für den mäßigen Metall-Abschluß war ein Streik notwendig. Hätten die bayrischen MetallInnen nicht gestreikt, wären alle weiteren Tarifrunden noch mieser ausgefallen. Der Streik weniger bayerischen Metallbelegschaften war eine Warnung an den Metallarbeitgeberverband und alle Arbeitgeber, nicht zuletzt an die öffentlichen Arbeitgeber, mit ihren Provoka-

tionen nicht zu weit zu gehen. Warum haben die Metallarbeitgeber trotz des zu ihren Gunsten veränderten 116 AFG nicht ausgesperrt? Weil sie Angst hatten, daß es zu einem Flächenbrand kommt.

Die Holzarbeiter fühlten sich durch die streikenden Metaller zusätzlich angespornt und legten zum ersten Mal seit dem Krieg die Arbeit nieder. Sogar im miserabel organisierten Gaststätten- und Hotelbereich kam es zum Streik. Hier wurden die besten Tarifanhebungen dieses Jahres erreicht. Viele KollegInnen bekamen über 10 Prozent Lohnerhöhungen. Diese Beispiele zeigen, daß die Kampfbereitschaft vorhanden war, um mehr durchzusetzen und daß diese bewußt von der Gewerkschaftsführung nicht eingesetzt wurde.

Nach dem Metall-Streik verzichteten die öffentlichen Arbeitgeber auf Provokationen. Doch auch ohne einen offenen Angriff konnten sie Verschlechterungen durchsetzen – dank der ÖTV-Führung, die die Arbeitgeber-Argumentation längst übernommen hat und durch die Aufsplitterung und Verschiebung von Verhandlungen mithilfe, Verschlechterungen für die Beschäftigten durchzusetzen.

Der ÖTV-Führung sitzt anscheinend der Schock der Urabstimmungsniederlage von 1992 so tief in den Knochen, daß sie um jeden Preis einen Streik vermeiden wollte. Sie verzichtete sogar auf jede Mobilisierung und auf Warnstreiks, um ein Ansteigen der Erwartungen von vorneherein zu verhindern. Vor allem nahm sie die eigentlichen Knackpunkte Jahresarbeitszeit und „Leistungslohn“ aus der Tarifrunde raus, um sie weniger verfolgt und beobachtet von der Mitgliedschaft in Zeiten der Friedenspflicht mit den Arbeitgebern auszuhandeln.

Opposition von unten

Trotz massiver Versuche der Gewerkschaftsführung, die Er-



Die ÖTV hat sich bereit erklärt, über verstärkte Flexibilisierung zu verhandeln. Das würde mehr Arbeitshetze im ohnehin überlasteten Krankenhausbereich bedeuten

wartungen herunterzuschrauben, kamen in mehreren Gewerkschaften von unten immer wieder weitergehende Forderungen auf. So z. B. die Forderung nach Festgeldebeträgen statt reiner Prozentforderungen. Innerhalb von IGM und ÖTV wurde von vielen Basisgliederungen gefordert, daß die Abgaben- und Steuerpolitik durch erhöhte Tarifforderungen bekämpft werden muß. Bei der ÖTV wurde diese Forderungen sogar gegen den Widerstand des Hauptvorstands beim letzten Gewerkschaftskongress beschlossen.

Wenn die Tarifrunde 1995 das höchste ist, was uns die Gewerkschaftsführung in Aufschwungzeiten zu bieten hat, was blüht uns dann erst in Zeiten sinkender Wachstumsraten und in der nächsten Krise? Die Politik der Gewerkschaften muß sich radikal verändern. Sie darf sich nicht leiten lassen von kapitali-

stischem Krisenmanagement und internationalem Konkurrenzkampf. Sie muß ausgehen von der Unvereinbarkeit von Unternehmer- und Arbeiterinteressen. Die (noch vorhandene) Kampfkraft der Gewerkschaften muß genutzt werden, um Angriffe von Regierung und Unternehmern zurückzuschlagen, um Reformen im Interesse der Masse der Beschäftigten zu erkämpfen, um schließlich die Macht der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft zu brechen.

Es ist höchste Zeit, daß sich kämpferische KollegInnen, Vertrauensleute, Jugendvertreter und Betriebs- und Personalräte zusammenschließen, um für diese Politik organisierten Druck in den Gewerkschaften auszuüben und von unten eine personelle und inhaltliche Alternative zur jetzigen völlig abgehobenen und privilegierten Führung aufzubauen.

Dänemark: Streik hält an

Nach den Massenstreiks vom 20. April aus Solidarität mit den Busfahrern von Esbjerg liest man nichts mehr in der deutschen Presse, aber der Kampf geht weiter. Der Hintergrund: Das frisch privatisierte Busunternehmen wollte den Fahrern 6000 DM jährlichen Lohnverlust aufzwingen, sie akzeptierten nicht und wurden gefeuert. Seitdem wird der Busverkehr in Esbjerg blockiert. Mehrfach wurden die Streikposten mit Hundestaffeln der Polizei angegriffen.

Die Kollegen in Esbjerg führen einen wichtigen Kampf gegen Privatisierung und Lohnraub. Die deutsche ÖTV-Führung hat es bisher nicht für notwendig befunden, ihre Mitglieder darüber

zu informieren, obwohl hier die gleichen Angriffe drohen.

Die VORAN-Redaktion appelliert an alle aktiven Gewerkschafter, den dänischen Kollegen ihre Solidarität auszudrücken. Wir fordern von der ÖTV, umgehend über den Streik in Dänemark zu informieren.

Solidaritätsadressen und Spenden an:
SID Chaufforenes Fagforening, Storegade 52, 6701 Esbjerg
 Tel. 0045/75122444,
 Fax 0045/754563448
Konto des Aktionskomitees:
 Nr. 0433083, Reg.-Nr. 5385
Arbejdernes Landsbank Esbjerg

VW-Arbeiter: „Es muß richtig Kohle rüberkommen“



VW: Die 6-Prozent-Forderung ist ein vorweggenommener Kompromiß. Jetzt muß es um die volle Durchsetzung gehen

So denken bei VW Kassel viele Kollegen. Denn sie haben die Verkürzung der Arbeitszeit auf 28,8 Wochenstunden bei einer 4-Tage-Woche viel zu teuer bezahlt. 15 bis 18 Prozent Lohnverlust, Verkürzung des Urlaubs auf 24 Tage, Flexibilisierung, Sonderschichten, Personalverschiebungen, und zunehmender Streß durch Pro-

duktivitätssteigerungen. Außerdem wurden sie mit der Pflegeversicherung und dem Solidaritätszuschlag von der Bundesregierung zur Kasse gebeten. Die Kollegen vom Betriebsblatt *Rotstift*, die von der SAV unterstützt werden, haben deshalb die Forderung nach 500 DM mehr bei Beibehaltung der 4-Tage-Woche

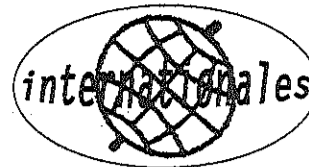
eingebracht. Der entspricht für die meisten Lohngruppen einer Lohnerhöhung um 10 Prozent. Doch sie bekamen von Betriebsräten und höheren Gewerkschaftsvertretern zu hören, das sei utopisch, das könne man nie durch. Die Gewerkschaftsspitze hat die Forderung von 6 Prozent vorgebracht. Dies wurde unter anderem damit begründet, daß die Zukunft von VW nicht rosig aussehe und es Kollegen von anderen Automobilkonzernen auch nicht besser erginge.

Wir rechneten vor, daß 6 Prozent 250-300 DM bedeuten und erfahrungsgemäß die Hälfte dabei rumkommt. Dies wären 120-150 DM. Wenn man die Steuern abzieht, bleibt nicht viel übrig. Viele Kollegen fanden unsere Forderung angebracht. Die Kollegen einer Schicht der Gießerei

unterstützten die Forderung nach 500 DM mehrheitlich, die Vertrauensleute auch. Sie stimmten auf der Vertrauensleutevollversammlung auch gegen die 6-Prozent-Forderung. Eine große Mehrheit der Vertrauensleute stimmte jedoch der IGM-Forderung nach 6 Prozent zu, sie dachten, daß eine Gegenforderung eh nicht durchkommt.

Weitere Forderungen der Kollegen vom *Rotstift* waren: 30 Tage Urlaub, keine Sonderschichten und Mehrarbeit, keine „Saisonarbeit“, Sams-tagarbeit oder Jahresarbeitszeit. Auch dies wird verhandelt. Es geht also jetzt darum, die 6 Prozent voll durchzusetzen, 30 Tage Urlaub zu erkämpfen, die Flexibilisierung zu stoppen und Überstunden abzubauen.

Frank Klobes, Kassel



Neue Rezession?

„Die Weltwirtschaft verliert an Dampf. Einschneidende Währungsschwankungen und anhaltende hohe Arbeitslosigkeit wirken im Großteil Europas wie eine Wachstumsbremse. Der starke Yen behindert Japans lebenswichtige Exportwirtschaft ... Mexikos Finanz-Zusammenbruch im letzten Dezember hat den größten Teil Lateinamerikas in Wolken gehüllt, selbst einige der der boomenden Ökonomien Asiens zeigen erste Anzeichen von Sättigung.“ (Wall Street Journal, 23. 5. 95).

Am 26. 5. sackte der Dollar wieder deutlich unter 1,40 DM. Der Grund: Mangelndes Vertrauen in die US-Wirtschaft. Die Konjunkturdaten zeigen nach unten. Die Industrieaufträge sinken, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, in der bisher gut florierenden US-Autobranche droht ein Absatzeinbruch. Die Notenbank Federal Reserve kam zu dem Schluß, daß das stabile Wachstum der USA der Vergangenheit angehöre. Offensichtlich geht der US-Aufschwung, der 1991 begann, dem Ende zu. Ein neues Abgleiten in die Rezession hätte wahrscheinlich schnellere Auswirkungen auf Europa und Japan als 1990. Damals waren die japanische und die deutsche (Vereinigungs-)Wirtschaft Bollwerke gegen die US-Krise, die sie für den DM- und Yen-Raum die Krise hinauszögerten.

Bolivien: Gewerkschafter noch in Haft

Der Großteil der Gewerkschafter, der nach den umfassenden Streiks vom April (VORAN berichtete) festgenommen worden war, ist wieder frei, doch noch immer werden einige Funktionäre der Lehrgewerkschaft festgehalten, ihnen drohen jahrelange Haftstrafen.

Die Unterdrückung hat die Arbeiterbewegung zwar zurückgeworfen, aber nicht zerschlagen können. Der Belagerungszustand gilt noch immer, aber das hat die 1.-Mai-Demonstration in der Hauptstadt La Paz nicht verhindern können. Anscheinend sind große Teile des Gewerkschaftsdachverbandes COB nicht mit dem Abbruch der Streiks einverstanden.

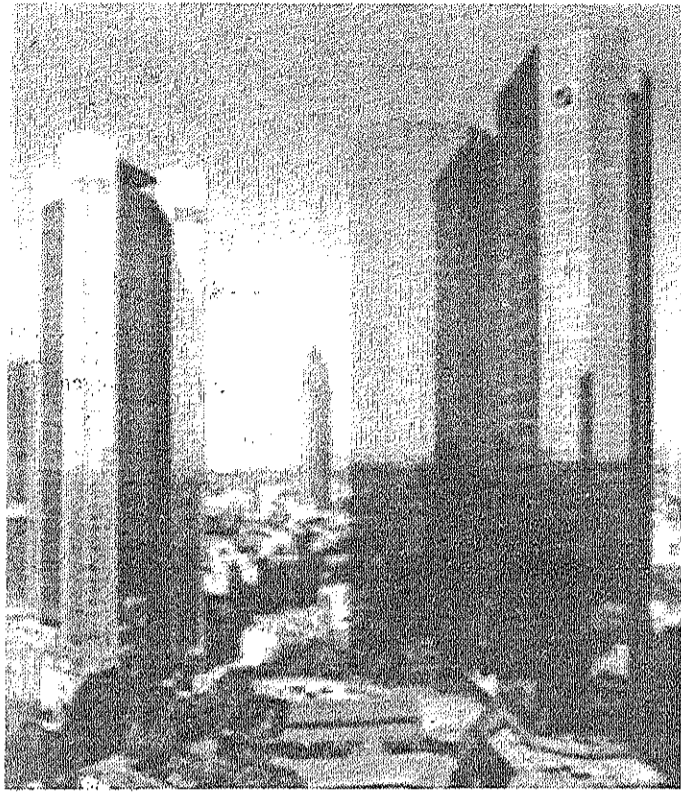
Es ist weiterhin notwendig, Protestresolutionen an die Botschaft und die Regierung zu schicken. Auf Initiative der schwedischen SAV-Schwesterorganisation, dem Arbeiterbund OFFENSIV, hat die Lehrer-Internationale mit 18 Millionen Mitgliedern in 136 Ländern gegen die Unterdrückung in Bolivien protestiert. Die PSTU (Vereinigte Sozialistische Arbeiterpartei) Brasiliens schlägt eine lateinamerikanische Konferenz der Lehrgewerkschaften vor.

Protestbriefe und Resolutionen an: Presidencia de la Republica, Palacio de Gobierno, Plaza Murillo, La Paz, Bolivia.
 Kopie an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Rotstift
 Betriebsblatt von Kollegen für Kollegen
 Wer nichts geben will, muß Druck kollegen!

Wir fordern: 500 DM mehr bei Beibehaltung der 4-Tage-Woche

Rotstift ist ein Betriebsblatt von IGM-Kollegen, die kritisch gegenüber der offiziellen IGM- und Betriebsrats-Politik sind. Den Rotstift gibt es seit einem Jahr, er ist bisher 3 mal erschienen. Bestellungen unter: 05 61 / 28 58 34



Wohnen ist für die Banker kein Grundbedürfnis, sondern Quelle leichtverdienter Profite

Mieten explodieren - wir auch!

Am 1. August sollen die Mieten in den fünf neuen Ländern um 15 Prozent angehoben werden, als ersten Schritt zur Einführung des Vergleichsmietensystems. Angeblich sollen damit die „Altschulden“ bezahlt werden, in Wirklichkeit kassieren die Banken doppelt.

Die PDS führt die Kampagne gegen die

Mietsteigerungen. Aber sie beschränkt sich auf Protestresolutionen, Aufklärung und auf die Forderung, die Erhöhung abzuschwächen. Doch für viele MieterInnen ist die Abwehr des Vergleichsmietensystems absolut notwendig. Und sie ist möglich – wenn ein Mieterhöhungsboykott organisiert werden würde.

Banken und Ostmieten

Doppelt verdient hält besser

Geht die Deutsche Bank Daimler-Benz? Oder gehört Daimler-Benz der Deutschen Bank? Daimler wird heute gern als Großbank bezeichnet, die nebenbei auch noch Autos produziert.

Ralph und Aron, Berlin-Marzahn

Da heute im Kapitalismus mit der Produktion vergleichsweise wenig Profit zu machen ist, steigen die Konzerne immer mehr in die Finanzwelt (Bankeinlagen, Spekulation oder Firmenaufkäufe) ein. Was viel über die Zukunft dieses Systems sagt. Im Kapitalismus „sind wir alle auf lange Sicht tot“ (so der bürgerliche Ökonom Keynes). Oder haben Sie schon mal Geld arbeiten sehen?

Die Verflechtung von Indu-

den letzten fünf Jahren – trotz Krise – Rekordgewinne eingefahren. Die fünf größten Banken erwirtschafteten 1993 ein Betriebsergebnis von 10,6 Milliarden.

Oft bezahlt, nie besessen

Die kapitalistische Wirtschaft beruht auf dem Austausch von Waren. Die Kosten für Waren wie Autos und Waschmaschinen muß man einmal aufbringen. Die Kosten für die Ware Wohnung muß man mehr als einmal aufbringen. Der Wert einer Ware berechnet sich durch die gesellschaftlich durchschnittlich benötigte Arbeitszeit. Mit der Miete zahlst man diesen Wert immer und immer wieder, ohne daß einem die Wohnung irgend-

arbeiterInnen.

Warum? Weil man für Wohnungsbau Boden braucht. Natürlich gibt es keinen Quadratmeter Boden, der nicht irgendwem gehört. Die Besitzer, Versicherungen, Immobilienkonzerne oder eben Banken, treiben die Bodenpreise in die Höhe. In den Ballungszentren geht die Hälfte der Baukosten nur für den Kauf des Baulandes drauf.

Dann halten die Banken noch einmal bei den Zinsen für das eingesetzte Kapital die Hand auf. Die Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau besteht zu drei Vierteln aus Zinsen für das beim Bau aufgewendete Kapital. Die großen Kapitaleigentümer kassieren so den größten Teil der Miete.

Um Preise und Profite weiter in die Höhe zu treiben, wird mit Bauland spekuliert, werden Wohnungen und Büroräume als Spekulationsobjekte leerstehen gelassen.

Der Trick mit den „Altschulden“

Im Osten profitieren die Deutsche und die Dresdner Bank doppelt – durch die Tilgung der sogenannten Altschulden. Was hat es mit den „Altschulden“ auf sich? Zur Durchführung des staatlichen Wohnungsbauprogramms (von 1970 bis 1990 wurden in der DDR zwei Millionen Wohnungen gebaut, meistens in Plattenbauweise) und zur Gewährleistung der niedrigen Mieten erhielten die kommunalen Wohnungsverwaltungen und die Wohnungsbau-genossenschaften Gelder aus dem Staatshaushalt. Diese Zuwendungen wurden durch die Staatsbank der DDR in Form eines zu einem Prozent verzinslichen Kredites gewährt. Eine Rückführung an den Staatshaushalt war nicht vorgesehen. Dafür bestand auch keine Notwendigkeit, denn die beim Staat angestellten ArbeiterInnen finanzierten die niedrigen Mieten durch niedrige Löhne.

Per Einigungsvertrag wurden die den Genossenschaften und Wohnungsverwaltungen zur Verfügung gestellten Mittel zu Schulden erklärt, die darüber hinaus „marktüblich“ mit 10-11 Prozent verzinst wurden. Die daraus entstandenen Forderungen

Unser Programm gegen Mietwucher und Spekulanten

Bundesweit fehlen zu Zeit 2-3 Millionen Wohnungen, 1 Millionen Menschen sind ohne Wohnung, 200 000 haben kein Dach über dem Kopf. Diejenigen die eine Wohnung haben, müssen immer mehr bezahlen. Viele Jugendliche, die gerne eine eigene Wohnung haben wollen, können sich diese nicht leisten.

Jedes Jahr werden immer weniger bezahlbare Wohnungen gebaut, der soziale Wohnungsbau ist fast zum Erliegen gekommen. In Berlin werden in diesem Jahr nur noch 3250 Sozialwohnungen fertiggestellt obwohl 40 000 Menschen eine Wohnung brauchen sind. Gleichzeitig will der Senat 300 Millionen für Neubauten für das Kanzleramt und Regierungsinstitutionen ausgeben.

Während wir immer mehr Geld für die Mieten ausgeben müssen, verdienen sich Spekulanten, Bauunternehmer und die Banken eine goldene Nase.

Mit der Einführung des Vergleichsmietensystem in Ostdeutschland werden die Mieten völlig den Mechanismen der Marktwirtschaft untergeordnet. Neben der 15prozentigen Mieterhöhung 1995 sind für die nächsten Jahre Mietsteigerungen von insgesamt 60 Prozent wahrscheinlich.

Vergleichsmietensystem bedeutet aber auch, das Immobilienmakler noch mehr

Wohnungen leerstehen lassen, um durch künstliche Wohnraumverknappung die Mietpreise weiter nach oben zu treiben. Die Gewinner dabei werden Wohnungsspekulanten, Banken und Bauunternehmer sein. Die Verlierer sind die Mieter. Nach Umfragen unter Leipziger Einwohnern bedeutet die 15prozentige Mieterhöhung in diesem Jahr, daß 73 Prozent der Mieter ihre Wohnung eigentlich nicht mehr bezahlen können. Vor allem für Jugendliche wird die eigene Wohnung erstmal ein Traum bleiben.

Wohnungspolitik im Kapitalismus bedeutet, daß es nicht darum geht, ein elementares Grundbedürfnis zu befriedigen, sondern darum, möglichst schnell und möglichst viel Geld zu machen.

Doch Wohnen ist kein Luxus, jeder hat das Recht auf eine menschenwürdige und bezahlbare Wohnung.

Wir brauchen ein staatliches Wohnungsbauprogramm, das 1 Millionen Wohnungen im Jahr schafft, bis die Wohnungsnot beseitigt ist. Das Geld dafür ist vorhanden. Die Banken haben in den letzten Jahren Rekordgewinne eingefahren. Allein die Deutsche Bank schloß 1994 mit einem Betriebsergebnis von vier Milliarden DM ab, das drittbeste in ihrer Geschichte.

Wenn Banken und Baulöwen nicht bereit sind, das Geld für die Beseitigung von Wohnungsnot und Horrormieten rauszurücken, gehören sie enteignet und unter die de-

mokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung gestellt.

- ★ Nein zum Vergleichsmietensystem in Ost und West
- ★ Sofortiger Mietestopp! Begrenzung der Miete auf 10 Prozent des Nettoeinkommens im Osten und 20 Prozent im Westen
- ★ Offenlegung aller realen Wohnkosten
- ★ Streichung aller DDR-„Altschulden“
- ★ Statt Luxusanierung Modernisierung bei Beibehaltung der vorherigen Miethöhe und unter Einbeziehung der Mieter
- ★ Keine Privatisierung von Wohnraum und von Wohnungsgesellschaften
- ★ Grund und Boden in Bebauungsgebieten muß Gemeineigentum sein, um damit Spekulationen den Boden zu entziehen
- ★ Massives staatliches Wohnungsbauprogramm unter demokratischer Kontrolle der Bevölkerung und Schaffung von 1 Million Wohnungen im Jahr, bis die Wohnungsnot beseitigt ist
- ★ Verstaatlichung aller Banken, um das Wohnungsbauprogramm zu finanzieren



200 000 Menschen sind in Deutschland obdachlos, darunter immer mehr Jugendliche

strie- und Finanzkapital bringt es mit sich, daß die Banken nicht nur Aktien oder Politiker kaufen, sondern auch Häuser oder Betriebe. Was zu einer wachsenden Abhängigkeit der Industrie von den Banken führt.

Jedenfalls haben die Banken in

wann einmal gehört. Daran verdient der Vermieter.

Aber auch die Banken verdienen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bei den Mietpreisen zählen nicht nur die Kosten für Baumaterial und für die Löhne der Bau-

gen des Bundes wurden anschließend an Großbanken abgetreten. Aus diesen Zinsforderungen kamen für die Baugesellschaften zusätzlich zu ihren 36 Milliarden DM Schulden bis heute weitere 23 Milliarden DM Schulden zusammen.

Keine der im Bundestag vertretenen Parteien ist für die Streichung der Altschulden eingetreten. Auch die PDS forderte lediglich, die Altschulden in zinslose Darlehen umzuwandeln.

Am 11. Mai hat die Kohlregierung das Altschuldengesetz noch einmal verschärft. War bisher Gesetz, daß die Ost-Unternehmen 15 Prozent ihres Bestandes verkaufen müssen, ist jetzt

Gesetz, daß sogenannte Zwischenerwerber zum Kauf dieser Wohnungen berechtigt sind. Damit werden Tausende ostdeutscher Wohnungen an westdeutsche Banken verschertelt.

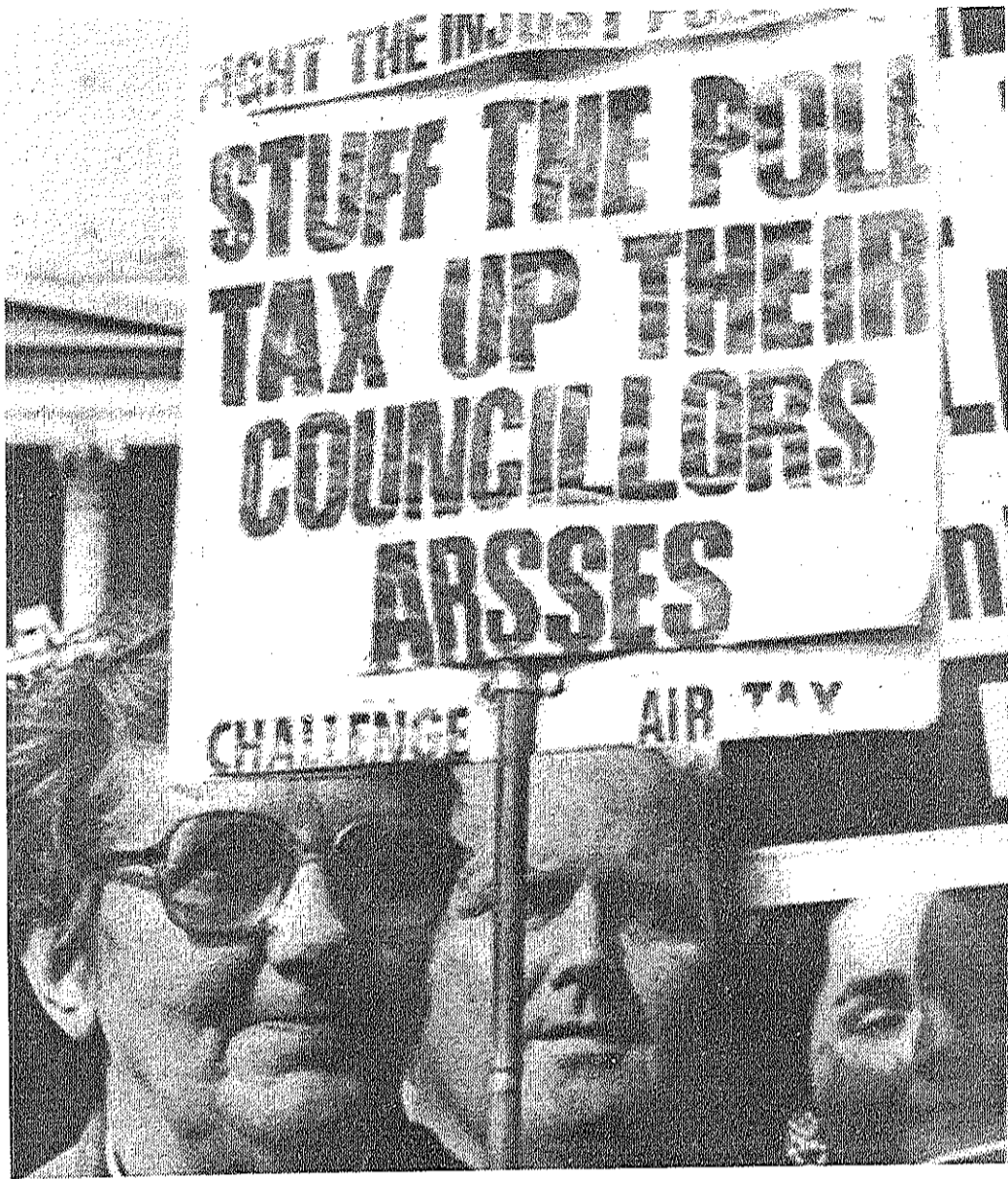
PDS hat Ausverkauf nicht verhindert

Die PDS tritt heute für die Interessen von Otto-Normalmieter ein. Dabei war es die PDS selbst, die das Kind in den Brunnen geworfen hatte und den BRD-Bonzen, Bossen und Bankern Tür und Tor öffnete.

Am 12. Januar 1990 genehmigte die Volkskammer auf Antrag von Wirtschaftsministerin Christa Luft das Privateigentum

an Banken. Am 1. April 1990 wurde die Deutsche Kreditbank aus der DDR-Staatsbank ausgegliedert. Im Anschluß daran übernahmen Deutsche und Dresdner Bank ihr Filialnetz. Das ging über die Bühne, als die Regierung des heutigen PDS-Ehrenvorsitzenden Modrow noch geschäftsführend im Amt war.

Die West-Banken haben für die Ost-Wohnungen keine müde Mark locker gemacht. Heute kassieren sie doppelt und dreifach ab. Die PDS-Spitze gehörte zu denen, die dieser Murkswirtschaft den Weg geebnet haben. Heute zeigt sich Tag für Tag, daß an dieser Marktwirtschaft nichts sozial ist.



„Schiebt die Kopfsteuer den Ratsmitgliedern in den Arsch“ – Die Wut über ein Gesetz, nach der Superreiche und Rentner die gleiche kommunale Steuer zahlen sollten, drückten viele drastisch aus. Über 14 Millionen boykottierten die Zahlung, das Gesetz wurde zurückgezogen.

Stäwog: Der Kampf geht weiter

Hände weg von unseren Wohnungen!

Fortsetzung von der Rückseite

Seit Monaten läuft unsere Aufklärungskampagne gegen die Irreführung durch die Parteien und die Resignation einiger Mieter. Die Nachbarn haben ihren Widerstand gezeigt, indem sie unsere Plakate ins Fenster klebten und Protestpostkarten an den Magistrat (Stadtregierung) schickten.

Die SPD wird's schon regeln?

Im Januar haben die „klugen Köpfe“ von einem breiten Kampf abgeraten. Die SPD würde „alles regeln“, der Bremer Senat als Aufsichtsgremium hätte einen juristischen Trumpf in der Tasche. Wir sollten das den „Experten“ überlassen und die Mieter nicht beängstigen.

Doch jetzt ist jedem klar, daß gar nichts daraus geworden ist. Hätten wir uns noch einmal auf die Profis überlassen, wäre es schon vorbei. Unsere Strategie, eine breite Kampagne zu organisieren, bei der die Mieter selbst aktiv werden und alles demokratisch entscheiden können, hat sich als richtig erwiesen.

Denn jetzt haben wir das Recht erzwungen, die ganze Sache noch einmal in die Stadtverord-

netenversammlung zu tragen und dort debattieren lassen. Zwei Tage vor der Bürgerchaftswahl konnten wir über 5000 Unterschriften für den ersten Einwohnerantrag der Seestadt übergeben.

Gunnar Böltes, Birgit Wilhelms und Lisa Gesang haben damit als Sprecher der Mieterinitiative Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung. Sie werden die Meinung der 16 000 Stäwog-Mieter vertreten und die Scheinargumente von CDU und der rechten SPD-Abgeordneten klipp und klar beantworten.

Der Termin für diese Debatte ist noch nicht klar, denn die „demokratischen Volksvertreter“ haben noch üble Tricks auf Lager: Da das neue Gesetz zu Einwohneranträgen noch nicht vom Bremer Innensenator formell im Gesetzesblatt veröffentlicht wurde, gilt es noch nicht. Daher haben wir am 10. Mai den Senat aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das Gesetz rechtzeitig veröffentlicht wird.

Wenn die Politiker versuchen, den Willen unserer 5000 Unterzeichner zu ignorieren und den Verkauf undemokratisch durchzuziehen, gehen wir auf die Barrikaden!

Dieser Kampf hat schon gezeigt: Die „kleinen Leute“ können sich nur auf sich selbst ver-

lassen, wenn wir uns zusammenschließen, können wir „die da oben“ bezwingen. Druck müssen wir immer ausüben. Daher haben einige Mitglieder der Mieterinitiative beschlossen, am 24. September bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung mit der Sozialistischen Alternative – SAV zu kandidieren, damit die Mieter eine ständige Vertretung im Kommunalparlament haben.

Die Mieterinitiative bedankt sich herzlich bei allen, die unterschrieben haben. Die Aktionen gehen weiter. Demnächst werden unsere Mitglieder im Columbus-Center eine Aktion durchführen, um das Wohngeld und damit den Verbleib in ihren Wohnungen zu sichern. Auch Mieter der Gewoba (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft) des Landes Bremen sind bei uns, denn sie wissen, daß sie nach dem Stäwog-Verkauf als nächste dran wären.

Unsere wöchentlichen Treffen finden mittwochs um 19.30 Uhr im Lehetreff, Eupener Straße, statt. ALLE Mieterinnen und Mieter in Bremerhaven sind herzlich willkommen. Machen Sie mit!

Mieterhöhungsboykott jetzt organisieren!

„Can't pay, won't pay“ (Kann nix zahlen, werd nix zahlen) – das war der Schlachtruf der britischen Anti-Poll-Tax-Bewegung. Das müßte auch die Parole des Kampfes gegen Mieterhöhungen im Osten werden.

Aron Amm, Berlin

Bis Ende der 80er Jahre wurde die Gemeindesteuer in Großbri-

hängig von Besitz und Eigentum. Die Kopfsteuer konnte unter Thatcher nicht eingeführt werden, weil 14 Millionen Haushalte die Zahlung verweigerten.

In Ost-Berlin wurden letztes Jahr mehr als 1000 Wohnungen zwangsgeräumt, weil die MieterInnen mehr als zwei Monate im Zahlungsrückstand waren. Wenn jetzt auf einen Schlag

den nichts mehr zahlen, weil sie nichts mehr zahlen können.

Juristische Mieterberatung, Unterschriftensammlungen oder Mieterversammlungen, auf denen die PDS den neuesten Stand parlamentarischer Beratungen bekanntgibt, reichen nicht mehr aus.

Organisierter Boykott

Die SAV tritt dafür ein, daß auf weitere Mieterhöhungen mit einem Mieterhöhungsboykott geantwortet wird. Aber keine Kamikazeaktionen, kein vereinzelter Boykott, sondern ein massenhafter. Wenn Hunderttausende die Zahlung verweigern, ist die Erhöhung nicht eintreibbar, die juristische Verfolgung Zehntausender nicht durchsetzbar.

Ein massenhafter Zahlungsboykott ist das wirksamste Mittel, die Einführung des Vergleichsmietensystem zu kippen. Das wird aber nur klappen, wenn der Boykott organisiert wird. Am besten: PDS, Gewerkschaften, WBAs und Mieterbund gründen Mieterinitiativen und leiten die flächendeckende Vernetzung in die Wege. Am Anfang könnten Versammlungen, Veranstaltungen und Demonstrationen stehen, um Stärke zu demonstrieren. Dann sollte eine Umfrage gestartet werden: Wieviele MieterInnen in jedem Bezirk, in jedem Stadtteil, in jeder Straße wären zum Boykott bereit? Erhöhungsbescheide

sollten von den neugegründeten Mieterinitiativen an zentraler Stelle gesammelt werden, Zwischenstände täglich bekanntgemacht werden.

PDS hat Verantwortung

Die erfolgreichen Anti-Poll-Tax-Vereinigungen (APTU's) gab es auch nicht von heute auf morgen in ganz Großbritannien. Zuerst wurden Initiativen in Glasgow-Pollock ins Leben gerufen, dann in Glasgow, dann in Schottland, dann in England und Wales. Entscheidend war, daß diese APTU's keine passiven, sondern aktive Organisationen waren, die den Widerstand im Kampf aufgebaut haben. Zu jeder Sitzung von Gemeinderäten, die die Höhe der Steuer beschließen wollte, kamen Hunderte, um dagegen zu protestieren. Bei jeder zwangsweisen Steuereintreibung kamen vor der Wohnung des Betroffenen große, laute Menschenmengen zusammen, um die Gerichtsvollzieher zu stoppen.

In Ostdeutschland ist die Bereitschaft zum Widerstand vorhanden: 2000 MieterInnen auf einer Mieterversammlung im Prenzlauer Berg, Montagsdemo in Potsdam, Hunderte vereint im Pfeifkonzert gegen die Berliner SPD-Spitzenkandidatin Stahmer auf einer Mieterkundgebung, über 70 000 Unterschriften gegen das Vergleichsmietensystem in Brandenburg ...

Die Kraft, die diese Bewegung mobilisieren und organisieren könnte, ist die PDS. Keine Ausreden. Die Kraft, die in Britannien den Boykott gegen die Kopfsteuer auf die Beine stellte, ist die Schwesterorganisation der SAV, Militant Labour, die über weitaus weniger Mitglieder und Ressourcen verfügt als die PDS. Die PDS bringt in den Parlamenten bergeweise Anfragen

und Anträge ein. Aber es besteht die Gefahr, daß die PDS diese Anträge nur noch links locht – und rechts abheftet. Papier ist geduldig – die MieterInnen in Ostdeutschland sind es nicht!

So wie der Anti-Poll-Tax-Boykott zum Sturz von Maggie Thatcher führte, könnte ein erfolgreicher Mieterhöhungsboykott der Auftakt zum Sturz von Helmut Kohl sein.

Berlin: 1300 Zwangsräumungen

10 Prozent aller Haushalte in Ostberlin haben Mietschulden. Laut einer Umfrage der Berliner Zeitung haben 44 456 Haushalte insgesamt 52,3 Millionen DM Mietschulden. 1994 ließen die Wohnungsgesellschaften 1297 Wohnungen zwangsweise räumen. Ursachen für die Mietschulden: Niedriglöhne, Niedrigrenten, Arbeitslosigkeit oder Überschuldung durch Kredite für Auto und Wohnungseinkommen.

tannien nur von den Grundeigentümern je nach Größe ihres Besitzes erhoben. Mit der geplanten Poll-Tax (auch „Kopfsteuer“ genannt) sollte jeder die gleiche Summe bezahlen, unab-

noch einmal 15 Prozent auf die Mieten draufgeschlagen werden, wird für hunderttausende ostdeutscher MieterInnen gelten, was für Millionen britischer SteuerzahlerInnen galt: Sie wer-

In fünf Jahren von 600 auf 1270 DM!

Nur ein Beispiel für den gesetzlich zulässigen Mietanstieg in den nächsten Jahren: 3-Raum-Wohnung in Schöneeweide, 80 m².

- derzeitige Nettokalmiete 660 DM
- 15prozentige Mietsteigerung zum 1. 8. 95 + 90 DM → 690 DM
- Wohnungsmodernisierung, 3 DM/m² + 240 DM → 930 DM
- 5prozentige Mietsteigerung zum 1. 1. 97 + 47 DM → 977 DM
- ab 1998 Einführung des bundesdeutschen Vergleichsmietensystems, mit diesem sind innerhalb von drei Jahren Mietsteigerungen bis zu 30 Prozent zulässig → 1270 DM

Und das ist noch nicht alles! Bei jeder Neuvermietung ist eine weitere 15prozentige Mieterhöhung möglich!

Ali muß bleiben

Der afghanische Flüchtling Ali Ludin lebt seit über zehn Jahren in Siegen. Wie deutsche Kinder ging er zur Schule und machte das Abi. Eigentlich wollte er Medizin studieren, doch das bleibt ihm verwehrt. Ali soll abgeschoben werden!

Torsten, JRE-Mitglied, Siegen

Seine Familie flüchtete wegen des Bürgerkrieges aus Afghanistan. Bei der Ankunft in Deutschland sagte der zuständige Beamte, daß der noch minderjährige Ali getrennt von seinen Eltern erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres einen Asylantrag stellen soll.

Ergebnis: Alle Familienmitglieder bekamen Asyl und sind inzwischen deutsche Staatsbürger. Doch Alis Antrag wurde abgelehnt. Da die russischen Truppen 1989 abgezogen seien, habe sich die Situation geändert. Daß der Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen islamischen Mudschahedin-Gruppen verschärft weiter läuft, ist in Deutschland kein Grund für Asyl, da im zerfallenen Staat Afghanistan keine staatliche Verfolgung mehr existiere.

Der Gipfel des Zynismus: Kurz vor der Ablehnung des Asyl-

trages hatte Ali einen Einbürgerungsantrag gestellt. Da er mit seiner Familie länger als sieben Jahre hier lebt, ist klar, daß dieser bewilligt wird. Die Bearbeitung dauert jedoch ein Jahr. Inzwischen könnte der „Deutsche in Wartestellung“ zur Abschiebung freigegeben werden.

Lokale Politikergrößen aller Parteien „versicherten“ persönlich, daß sie die Abschiebung zu verhindern wüßten – vor allen Dingen während der Wahlkämpfe. JRE und SAV glauben diesen Heuchlern kein Wort. Deshalb führen wir seit einigen Wochen eine Kampagne mit der Forderung nach einem sofortigen unbefristeten Aufenthaltsrecht für Ali und alle von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge.

Beim Unterschriftensammeln – bisher 800 – haben wir gesehen, daß Ali kein Einzelfall ist und daß die Hetze der Regierung und der bürgerlichen Medien entkräftet werden kann.

Die Aktivität bei JRE hat sich seitdem gesteigert und wir sind zuversichtlich, mit weiteren Aktionen Alis Abschiebung zu verhindern. Das wäre ein Signal gegen weitere Abschiebungen und die rassistische Politik der Regierung.

Interview

Studenten-Proteste in der Türkei

„Wenn die türkische Regierung uns kein Visum ausstellt, um die europäische Jugend zu besuchen, dann laden wir die europäische Jugend in die Türkei ein“ sagte Özgür Oguz, Vorsitzende der Studentenvereinigung an der Hacettepe-Universität in Ankara.

Kim Opgenoorth, JRE-Bundessprecherin, Köln

Von einer Gruppe türkischer StudentInnen, für die eine Delegationsreise durch Deutschland geplant war, durften nur zwei die Türkei verlassen. Sie berichteten von der Studentenbewegung, von den Protesten gegen Bildungskürzungen und von der Gegenwehr gegen staatliche Unterdrückung.

Eingeladen hatten zu der Veranstaltung die Internationale Jugend (IJ) und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE). Bei Flugblattaktionen vor verschiedenen Schulen in Köln versuchten wir, türkische und deutsche Jugendliche anzusprechen.

80 Jugendliche drängelten sich in den Veranstaltungsraum und beteiligten sich an einem Erfahrungsaustausch über die Situation der Jugend in beiden Ländern, aber auch über die Frage, wie man sich erfolgreich wehren kann.

Einig war man sich, daß es notwendig ist international zusammenzuarbeiten, da die Angriffe auf die Jugend international die gleichen Ursachen haben. Wir tauschten daher Adressen aus und vereinbarten einen Informationsaustausch.

Die türkischen StudentInnenvertreter wollen JRE-Deutschland, JRE-Frankreich und JRE-Griechenland voraussichtlich im Herbst für eine Delegationsreise in die Türkei einladen. Özgür Oguz, die auf der Veranstaltung sprach, gab der VORAN ein Interview.

VORAN: Ihr macht eine Delegationsreise durch Deutschland, um von den Protesten der türkischen Jugend zu berichten. Kannst du kurz die Probleme an den türkischen Unis zusammenfassen?

Özgür: In der Türkei gibt es keine freie Allgemeinbildung, man muß man für das Studium viel Geld zahlen. Der Preis ist nach Dauer und Qualität des Studiums gestaffelt. Englisch kostet zum Beispiel das Doppelte. Insgesamt ist das Niveau aber sehr niedrig gehalten. Studenten haben kein Mitspracherecht an den Lehrinhalten oder der Uni-leitung. Nach der Uni werden viele arbeitslos. Hinzu kommt, daß es verboten ist sich an der Uni zu organisieren oder Kritik zu üben. Es gibt starken Druck und Repressionen von Polizei und Militär.

Was machen die Studenten dagegen?

Nach dem Sparpaket der Regierung vom April letzten Jahres sind die Proteste stark angewachsen. Trotz Verbot gibt es Veranstaltungen und Diskussionsforen. Wir sammeln Unterschriften oder organisieren Demonstrationen vor das Schulkollegium. Es

gibt immer wieder öffentliche Aktionen, wie zum Beispiel die Verbrennung von Zahlscheinen (für die Uni, die Red.).

Seit dem Elnmarsch in den Nordirak organisiert die türkische Regierung eine wahre Kriegshetze und Nationalismuswelle gegen die Kurden. Welchen Einfluß hat das auf die StudentInnen?

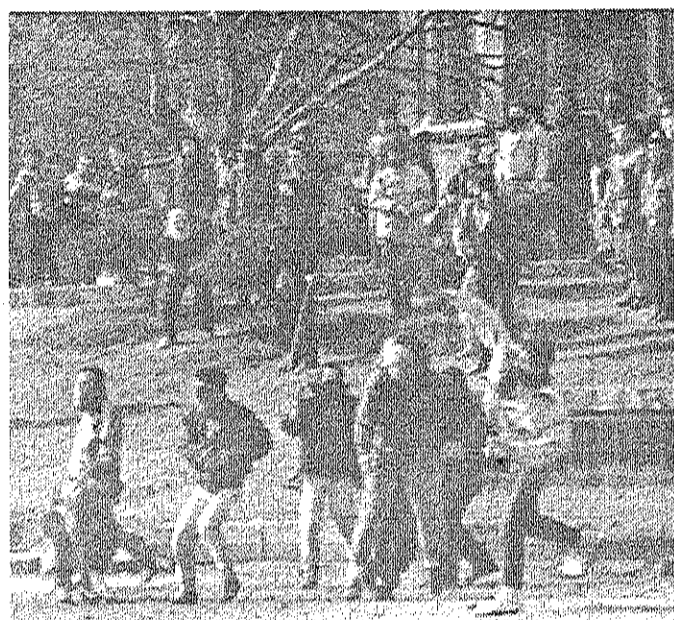
Die Propaganda der Regierung verursacht eine starke Polarisierung. Auf der einen Seite werden die Rechten dadurch gestärkt, die „Grauen Wölfe“ (eine türkische faschistische Organisation) zum Beispiel, auf der anderen Seite wird die Schicht größer, die den Völkermord an den Kurden ablehnen. Insgesamt aber denke ich, daß die Mehrheit

dienst. Nach einem neuen Gesetz werden junge Männer, die zum 2. Mal durch eine Prüfung fallen, von der Uni ausgeschlossen und zwangseingezogen.

Was plant ihr als nächstes?

Von Juni bis Oktober sind die Prüfungen. Da ist nicht viel an den Unis los, man kann nicht viel machen. Danach wollen wir Kampagnen gegen die Bezahlung des Bildungswesens und das Verbot sich zu organisieren in den Vordergrund stellen. Außerdem möchten wir eine Rundreise von europäischen Jugendlichen durch die Türkei organisieren, wo wir Euch ja auch zu einladen.

Was können wir in Deutschland tun, um eurem Kampf zu unterstützen?



Türkische Studenten wehren sich gegen Polizeiübergriffe auf dem Uni-Gelände

der Jugend gegen den Krieg ist. Zum Beispiel auch deswegen, weil ein großer Teil des Staatshaushalts in den Krieg fließt und gleichzeitig an der Bildung gekürzt wird. Außerdem haben viele Angst vor dem Militär-

hegen und solche Versammlungen wie heute zu organisieren. Ansonsten sind Jugendliche, die sich hier gegen ähnliche Angriffe wehren, für uns die beste Unterstützung.

Proteste gegen Nazi-Plattenladen

Jede Woche Nazis ärgern

Nach vier Blockadeaktionen vor dem Nazi-Plattenladen HA-RA-KIRI in Prenzlauer Berg zeigen sich erste Erfolge: Das Maklerbüro muß noch angeblich den Vermieter angewiesen, dem Nazi-Laden zum 21. 5. zu kündigen, dessen Chef hat davon geredet, eine „Sommerpause“ machen zu wollen.

Perle und Mario, JRE-Mitglieder, Berlin-Pankow

Das kann jedoch nicht bedeu-

ten, daß wir lockerlassen können, denn am 22. Mai war der Laden noch offen, der Druck gegen die Maklerfirma muß noch verstärkt werden, bis der Laden weg ist.

Bei den vorherigen Blockadeaktionen hatten sich wöchentlich zwischen 50 und 100 Antifaschisten beteiligt. Schon bei der ersten Aktion überprüfte die Polizei die Personalien von 15 Demonstranten, sie bekamen Anzeigen wegen Verleumdung. Ende April wurde eine Protestaktion von der Polizei weg-

räumt, SAV-Sprecher Aron wurde dabei als „Rädelführer“ kurzzeitig festgenommen. In der darauffolgenden Woche wurde die Blockade von vorneherein durch die Polizei verhindert, die Demonstranten weggedrängt. Diesmal wurde Aron in Verbrüderungshaft genommen und bekam wieder eine Anzeige.

Wir lassen uns durch die Polizeischikanen nicht einschüchtern. Und die Auflösungserscheinungen bei den Nazis zeigen, daß sich hartnäckige Aktionen auszahlen.

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

Rostock

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Berlin

Infos und Termine der Ortsgruppen bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, Freizeitheim Lehe-Treff, Eupener Str. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48

Kassel

OG Nordost: Jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91

Köln

Jeden Montag 19.30 Uhr, Jugend- und Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41-45
12. 6.: „Bildungspolitik: Nicht für die Konzerne, sondern für uns wollen wir lernen“, 26. 6.: „Abbau demokratischer Rechte: Demonstrieren bald verboten?“
Infos unter 02 21 / 13 45 04

Aachen

OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41,
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Krautmühle, Trierer Str. 16
Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Heschlach (Böblinger Str. 92)
OG Nord: jeden Dienstag: 19 Uhr, Jugendhaus Nord,
Weitere Infos unter 07 14 / 2 23 82 14

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kampffonds

Für den Kampf gegen Mieterhöhungen sammelte die SAV-Rostock allein in der ersten Mai-Woche 446 DM. Zusammen mit dem Verkauf von Broschüren, Aufkleber, Spenden für die Zeitung waren bereits nach der 1. Woche 734 DM im Rostocker Kampffonds.

Georg Kümmel, Köln

Hauke Aldenhoven, Arbeiter aus St. Augustin spendete 20 DM für unsere Arbeit. Die SAV-Stuttgart hat uns 447 DM und eine Extra-Spende von 500 DM überwiesen. Das KF-Ergebnis im Mai (4130 DM) ist deutlich besser als im April (1862 DM). Von unserem Ziel, 6000 DM, sind wir aber noch ein gutes Stück entfernt.

Um die vielen Möglichkeiten im Sommer für den KF zu nutzen, müssen alle Ortsgruppen jetzt ihre Aktivitäten planen. Im Juni wollen wir alle Sympathisanten ansprechen, monatlich ei-

nen festen Betrag zu spenden. Alle Ortsgruppen und alle Abonnenten erhalten ein Faltblatt, in dem unsere Arbeit anhand von Aktionsbeispielen vorgestellt wird.

Spendenkonto:

VORAN
Kto.-Nr. 2500 59-430
Postbank Essen,
BLZ 360 100 43

„Wahlkampf Bremerhaven“

Nach den Wahlen in NRW und Bremen beklagen sich die etablierten Parteien über die schlechte Wahlbeteiligung. Aber ihre Politik bleibt dem gemeinsamen Motto, „Weiter so“, treu. Genau das will die SAV-Bremerhaven verhindern und kandidiert deshalb zur Kommunalwahl in Bremerhaven am 24. September. Sie versteht das Stadtparlament aber nicht als Quatschbude, sondern als ein Mittel, um den Kampf gegen Privatisierungen städtischer Wohnungen und Dienstleistungen, gegen Sozialabbau und Werftensterben, zu unterstützen. Zur Finanzierung des Wahlkampfes sind wir dringend auf Spenden angewiesen. Spenden bitte unter dem Stichwort „Wahlkampf Bremerhaven“ auf das Spendenkonto:

Kontoinhaberin Claudia Weigelt,
Kto.-Nr. 169 2704, Städt. Sparkasse
Bremerhaven, BLZ 292 500 000

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Blitz-Druck Mandzel GmbH, Esser
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 0221/134504 oder 134604
Telefax 0221/137280
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich __ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu __ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgiroamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Mit dem Aufflammen von Kämpfen in der Krajina und in Bosnien wurden die Hoffnungen auf einen Frieden auf dem Balkan erschüttert. Vlado Bacic zeigt die Hintergründe auf und stellt die sozialistische Alternative dar.

Mit der Offensive wollte Kroatien Teile der Krajina erobern. Die Krajina wurde nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens 1990 von der dort lebenden serbischen Bevölkerungsmehrheit für unabhängig erklärt.

Auch wenn es in offiziellen Verlautbarungen bei dem kroatischen Angriff nur um die Öffnung der von Serben blockierten Autobahn Zagreb-Belgrad ging, war eindeutig, was wirklich dahinter steckte: den Krajina-Serben sollte jede Verbindung zu den bosnischen Serben gekappt werden. Andererseits war diese zeitlich begrenzte Offensive ein Test für den Versuch, die ganze Krajina zurückzuerobern.

Dem „Befreiungs“feldzug fielen hunderte Zivilisten zum Opfer, tausende wurden vertrieben. Es gibt Berichte von Massakern an flüchtenden SerbInnen. Die gezielten Vertreibungen und Abtransporte von SerbInnen werden von UNO-Soldaten bestätigt.

Die Krajina-Serben antworteten mit Raketenangriffen auf die belebte Innenstadt Zagrebs, bei denen mehrere ZivilistInnen getötet und hunderte verletzt wurden.

Kroatien wurde seitens der UNO und des Westens signalisiert, daß eine begrenzte Offensive keine Folgen hätte. Die pflichtgemäßen Verurteilungen, die nun folgen, werden in Zagreb wohl auch nur Erheiterung hervorrufen.

Besonders im Streit über das weitere UN-Mandat für Blauhelme in Kroatiens hatte die UNO

seinen Kriegsgelüsten nie einen Hehl. So sagte er im März, er würde eine „Entlastung“ für die bosnischen Truppen durch ein Übergreifen der Kriegshandlungen auf Kroatien oder Mazedonien begrüßen.

Wie weiter?

Die Kriegshandlungen auf dem Balkan sind so intensiv wie lange nicht mehr. Ein Flächenbrand, der nicht nur Bosnien-Herzegowina und die Krajina betreffen könnte, sondern ausgeweitet wird, ist nicht ausgeschlossen.

Eskaliert der Konflikt in der Krajina, werden die bosnischen Serben sich möglicherweise einschalten, was zu einer weiteren Eskalation in Bosnien selber führen könnte. Dann würde sich auch der Druck auf den serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic erhöhen, direkt einzugreifen. Milosevic, konfrontiert mit einer Wirtschaftskrise im eigenen Land, hat sich immer mehr von den Serben in Bosnien und Kroatien distanziert, um eine Ende des Wirtschaftsembargos gegen Serbien zu erreichen. Bei einer weiteren Eskalation kann er aber gezwungen sein, seine Linie zu ändern und militärisch einzugreifen.

Hinzu kommen die explosiven Situationen in Mazedonien und im serbisch besetzten Kosovo, die zu einem Balkankrieg unter direkter oder indirekter Einbeziehung Rußlands, Griechenlands und der Türkei führen könnten, dessen Ausmaß das



UNO-Blauhelme unter serbischem Beschuß. Egal was UNO und Nato in Bosnien treiben, ihre Anwesenheit verschärft den Krieg

der Völker des Balkans, sondern ausschließlich die Interessen der neuen kapitalistischen Kräfte, die alle ein möglichst großes Stück des zu verteilenden Kuchens Ex-Jugoslawien abhaben wollen.

Die Verbrechen gegen nationale Minderheiten und gegen die Bevölkerung gibt es auf allen Seiten. Ein qualitativer Unterschied zwischen der Politik Tudjmans, Izetbegovics, Karadzics oder Milosevics existiert nicht.

In Kroatien wurden nach der Unabhängigkeitserklärung die Selbstbestimmungsrechte der serbischen Minderheit mit Füßen getreten. SerbInnen wurde die kroatische Staatsbürgerschaft vorenthalten, sie wurden ihres Eigentums beraubt und so gezwungen, Kroatien zu verlassen, letztlich nur eine geschicktere Art von Vertreibung. Die Mehrheitlich in der Krajina lebenden Serben konnten ihr

Bevölkerung. Auch die kroatischen Bauern, die vor drei Jahren aus ihren Häusern in der Krajina vertrieben wurden und nach den Eroberungen der kroatischen Armee möglicherweise wieder in diese Häuser einziehen werden, werden dort nicht glücklich werden. Sie werden weiterhin in Angst und Schrecken vor einer erneuten Eskalation des Krieges leben und vor einer Wiedereroberung durch die Streitkräfte der Krajina-Serben. Sie werden weiterhin Spielball des Tudjman-Regimes sein.

Im Interesse dieser Bauern und aller Völker des Balkans ist einzig und allein ein dauerhafter Frieden und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller auf dem Balkan lebenden Nationen und nationalen Minderheiten.

Jugoslawien war früher ein Musterbeispiel für das Zusammenleben verschiedener Natio-

der Unterdrückung durch andere Nationen größer ist als der eigene Nationalismus.

Der einzige Ausweg für den Balkan ist der Sturz der nationalistischen kapitalistischen Regime in Kroatien, Serbien und Bosnien als erster Schritt zu einer Einheit der ArbeiterInnen auf dem Weg zu einem freiwilligen sozialistischen Zusammenschluß der Nationen des Balkans. Nur die Arbeiterklasse kann Trägerin einer solchen Entwicklung sein. Auch wenn diese heute schwach und desorganisiert ist, gilt es, alles daran zu setzen dies zu ändern.

Die wirtschaftliche und soziale Situation in Kroatien und Serbien ist schlecht, von Bosnien ganz zu schweigen. Viele Menschen sind kriegsmüde. In Kroatien benötigt eine vierköpfige Familie monatlich 524 Mark, um sich mit dem Nötigsten versorgen zu können. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 300 DM, der gesetzliche Mindestlohn bei 62 DM (taz, 19. 9. 94). 500 000 Menschen sind arbeitslos. Diese Situation führt immer wieder zu Streiks, die bisher aber noch nicht den Charakter einer allgemeinen Bewegung der kroatischen Arbeiterklasse angenommen haben. Die Entwicklung unabhängiger Gewerkschaftsverbände in Kroatien und Serbien sind aber bedeutsam bei dem Prozeß der Wiederbelebung der Arbeiterklasse. Diese Gewerkschaftsverbände stehen in Kontakt zueinander und haben im April 1994 eine gemeinsame Erklärung für die Beendigung des Krieges veröffentlicht.

Die nationalistischen Führer werden die Unterstützung verlieren und haben sie teilweise schon verloren. Die soziale Lage wird zu einem neuen Aufschwung von Arbeiterkämpfen führen. Diese Kämpfe werden Möglichkeiten bieten, die nationale Spaltung zu überwinden.

Das wird den Boden bereiten für eine neue Verbreitung sozialistischer Ideen und der Idee der Einheit der ArbeiterInnen.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Dieser Weg geht über viele weitere sinnlose Opfer in diesem Krieg der Kapitalisten und Nationalisten. Und er geht wahrscheinlich über eine weitere Ausbreitung des Balkankrieges. Aber es ist doch der einzig mögliche und realistische Weg für einen Frieden auf dem Balkan.

(22. 5. 95)

Letzte Meldung

Nach Kämpfen in Kroatien ist der bosnische Krieg aufgeflammt. Nach serbischen Angriffen bombardierten NATO-Jets serbische Stellungen. Zur Vergeltung nahmen diese UNO-Blauhelme als Geiseln und bombardierten die Stadtzentren von Tuzla und Sarajewo. Allein beim Beschuß von Straßencafes in Tuzla starben über 70 Menschen.

Jetzt wird diskutiert, eine Schmach in Kauf zu nehmen und die Blauhelme abzuziehen, doch die Linie vor allem der USA, härter gegenüber den Serben aufzutreten, scheint sich durchzusetzen. Großbritannien und Frankreich schicken Verstärkung in die Adria.

Das militärische Engagement des Westens verstärkt die Gefahr der Ausweitung des Krieges. Wir fordern den Abzug aller NATO- und UNO-Truppen aus Ex-Jugoslawien. Ein Frieden kann nur von den arbeitenden Menschen des Balkans erkämpft werden, gegen die nationalistischen Kriegsherren und gegen die Imperialisten.

Krieg auf dem Balkan

die kroatischen Forderungen weitestgehend erfüllt und de facto den Anspruch Kroatiens auf die Krajina festgeschrieben.

Bosnische Offensive

Seit dem 20. März wird auch in Bosnien wieder gekämpft. Die bosnische Regierungsarmee hat den Waffenstillstand gebrochen, der eigentlich bis zum 1. Mai dauern sollte. Dieser ist auch nicht wieder verlängert worden. Damit steht eine Ausweitung des Balkankrieges auf der Tagesordnung. Die Waffenruhe, die seit Januar gegolten hatte, wurde von der bosnischen Regierungsarmee vor allem dafür genutzt, weiter aufzurüsten und die am 20. März eingeleitete Offensive vorzubereiten.

Dabei scheinen sie tatkräftige Unterstützung von Seiten der UNO und westlicher Staaten erhalten zu haben. Selbst Hans Koschnick, EU-Verwalter von Mostar, hat der UNO vorgeworfen, sich nicht ausreichend für die Durchsetzung des Waffenembargos einzusetzen. Das ist eine freundliche Formulierung für das angestrenzte Wegschauen der Blauhelme, wenn Waffenlieferungen am Flughafen von Tuzla ankommen.

Der Oberkommandierende der bosnischen Truppen machte aus

gegenwärtige Vorstellungen vermögen überschreiten könnte.

Gut und Böse?

Auch wenn ab und zu leise Kritik am militärischen Vorgehen Kroatiens und Bosniens zu hören ist, so ist die Schuldfrage für die bürgerlichen Medien und die Bundesregierung lange geklärt. Der Aggressor sind die Serben, sie haben die „ethnischen Säuberungen“ zu verantworten, sie betreiben Großmachtpolitik. Die kroatischen und bosnischen Regierungen führen einen Verteidigungskrieg.

Diese Einstellung drückt nur die Interessen der deutschen Konzerne auf dem Balkan aus, die auf Kroatien setzen. Dies ist auch der Hintergrund für die Bemühungen, die kroatisch-bosnische Föderation am Leben zu erhalten.

Kroatien soll in dieser Föderation der Gegenpol gegen islamisch-fundamentalistische Tendenzen sein und vor allem die deutschen Interessen auf dem Balkan verteidigen.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale, die internationale Vereinigung, der die SAV angeschlossen ist, unterstützt keine der beteiligten Kriegsparteien. Sie vertreten nicht die Interessen

Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben. Im Krieg in Bosnien und um die Krajina geht es der kroatischen Regierung darum, möglichst ein „Großkroatien“ zu schaffen, inklusive der Krajina und bosnischer Gebiete.

Die bosnische Regierung, auch wenn sie die schwächste der bürgerlich-nationalistischen Kräfte ist, hat keinen anderen Charakter. Der bosnische Präsident Izetbegovic schrieb 1990, daß es „keinen Frieden und keine Koexistenz zwischen der islamischen Religion und nicht-islamischen gesellschaftlichen und politischen Institutionen geben kann.“

Genau wie die serbischen und kroatischen Truppen war auch die bosnische Armee an Vertreibungen, „ethnischen Säuberungen“, beteiligt. Die Washington Post vom 12. 9. 1993: „Die bosnische Armee hat die kroatische Bevölkerung im gesamten industriellen Kernland Bosniens systematisch aus vielen ethnisch gemischten Städten wie Forinica vertrieben.“

Die Leidtragenden dieses Krieges zwischen den verschiedenen neuen Machthabern auf dem Balkan um die Beute aus dem auseinandergebrochenen Jugoslawien sind die arbeitenden Menschen des Balkans. Die nationalistischen Führer scheren sich nicht um die Interessen „ih-

ner“ Bevölkerung. Auch die kroatischen Bauern, die vor drei Jahren aus ihren Häusern in der Krajina vertrieben wurden und nach den Eroberungen der kroatischen Armee möglicherweise wieder in diese Häuser einziehen werden, werden dort nicht glücklich werden. Sie werden weiterhin in Angst und Schrecken vor einer erneuten Eskalation des Krieges leben und vor einer Wiedereroberung durch die Streitkräfte der Krajina-Serben. Sie werden weiterhin Spielball des Tudjman-Regimes sein.

Arbeitereinheit

Die SAV und das Komitee für eine Arbeiterinternationale treten für das Recht aller beteiligten Volksgruppen ein, sich gegen die Angriffe der Kriegstreiber zu verteidigen. Ob dies moslemische Dörfer sind, die sich gegen serbische Angriffe verteidigen oder umgekehrt, ist dabei unwichtig. Die Verteidigung der Interessen der Balkanvölker kann aber weder den nationalistischen Kriegstreibern noch der UNO überlassen werden.

Nur unabhängige und demokratische Arbeiterorganisationen können eine solche Verteidigung organisieren und die nationalistische Spaltung überwinden. Tatsache ist auch, daß in der Bevölkerung die Angst vor



SAV Sozialistische Alternative

Bremerhaven

Solidaritätspreis 3,- DM

VORAN Nr. 171 Juni 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Es reicht!

Politik für Arbeitnehmer, Jugendliche, Arbeitslose JETZT!

Die Wahl ist vorbei. Die Parteien sind wieder von der Straße verschwunden. Die Probleme bleiben. Die Sozialistische Alternative (SAV) versucht, die Mieter, deren Wohnung verkauft werden soll, zu organisieren, die Eltern, die keinen Kita-Platz für ihr Kind bekommen haben, die Jugendlichen, die von den Kürzungen an den Schulen die Schnauze voll haben, um den Politiker in den Hintern zu treten. Denn eins ist klar: Ohne Druck von unten machen „die da oben“ alles was sie wollen.

Wie die Bremerhavener zu den üblichen Parteien stehen, sah man am 14. Mai, wo 39 Prozent gegen alle Parteien gewählt haben. Doch dadurch ändert sich nichts, wir müssen uns selbst organisieren.

Die Profi-Politiker und Bürokraten glauben, daß jetzt, wo die Wahlen vorbei sind, die Ruhe in ihre Amtsstuben zurückgekehrt wäre. Wir ha-

ben eine Überraschung für sie: Es tut sich was in dieser Stadt. Die bisher alleine im Regen standen, schließen sich zu zusammen, wir lassen uns nicht mehr verkohlen.

Kinder brauchen Plätze

Es ist in diesem Jahr wieder die Zeit, in der hunderte Bremerhavener bei der Vergabe von Kindergartenplätzen leer ausgehen, obwohl jedes Kind ab 1996 einen Rechtsanspruch darauf haben soll.

Claudia Weigelt

Über 800 Kinder zwischen drei und sechs Jahren werden zu Hause bleiben müssen. Die Versorgungsquote liegt nur bei 78,3 Prozent. Bei den 1-3jährigen oder den 6-12jährigen sieht es noch düsterer aus. Der von der Bundesregierung als großer Fortschritt gepriesene Rechtsan-

22. Juni: Protestkundgebung gegen Sozialabbau und Kürzungen vor der Stadtverordnetenversammlung

Protest

24. September:
bei der Stadtverordneten-Wahl
die Sozialistische Alternative - SAV wählen

spruch soll jedem Kind einen Platz garantieren, der von den Eltern eingeklagt werden kann.

Doch die Kita-Reform sieht nur auf dem Papier gut aus, stellt sich in der Realität jedoch als

penbereich und keine Neueinstellung von ErzieherInnen.

Die Bedürfnisse der Betroffenen werden ignoriert. Eine alleinerziehende Frau, die Vollzeit arbeiten möchte, hat nichts von



Mit Tricks wird die volle Kita-Versorgung herbeigerechnet. Die Wirklichkeit: Viele gehen leer aus

Billiglösung heraus, die auf Kosten von Eltern, Kindern und ErzieherInnen durchgeführt wird.

Die Bundesregierung hat dieses Gesetz beschlossen, die Verantwortung für die Umsetzung jedoch auf die Kommunen abgeschoben. Die Städte, die sich bundesweit in Finanzkrisen befinden, geben den Druck an die Betroffenen weiter, anstatt sich das benötigte Geld für eine Umsetzung des Rechtsanspruchs aus Bonn zu erkämpfen.

Die Kitas werden zu reinen Aufbewahrungsstätten verkommen. Die Folgen des Rechtsanspruchs: Erhöhung der Gruppenstärke, Verkürzung von Gruppenzeiten, 2-3stündige Nachmittagsgruppen, radikale Kürzungen im Hort- und Krip-

einer zweistündigen Nachmittagsgruppe, die als vollwertiger Kita-Platz anerkannt wird.

Seit dem 8. Mai organisieren wir den Widerstand gegen die schlechte Situation in den Kitas. Bisher haben wir 2500 Unterschriften gesammelt. Vom Zentrallernenbeirat wurden 7000 Unterschriften für einen Einwohnerantrag gesammelt. Zwei Info- und Aktionsversammlungen haben wir organisiert. Der Höhepunkt der Kampagne wird am 22. 6. vor der Stadtverordnetenversammlung sein. Wir wollen den Protest und die Unzufriedenheit aller arbeitenden Menschen in Bremerhaven an diesem Tag zusammenführen, ob Eltern, Stäwog-Mieter oder Schwimmbadbenutzer.



900 Jugendliche kamen zur Demonstration gegen die DVU am 29. April.

Nazis raus aus unserer Stadt

„Die DVU behauptet, sie sei die Partei der kleinen Leute. Aber ihr Chef Frey ist durch seinen Immobilien-Besitz steinreich geworden. Nicht Ausländer, sondern Typen wie er nehmen die 'kleinen Leuten' die Wohnung weg“, erklärte die JRE-Bundessprecherin Kim Opgenoorth auf ihrer Abschlußrede auf der seit Jahren größten antifaschistischen Demonstration in Bremerhaven.

**Martin Korte,
JRE-Mitglied**

900 zumeist junge Menschen protestierten lautstark unter dem Motto „DVU stoppen, gegen rechts wählen, Zukunft erkämpfen“ und zogen in einem zweistündigen Marsch durch die Stadt.

Neben den Bremerhavenern waren auch JRE-Mitglieder aus Berlin, Köln, Stuttgart und vielen anderen Städten angereist. Sie erlebten eine sehr kämpferische Stimmung. Mit Flugblättern, Sprechchören und Reden wurden Passanten und Anwohner über den Kampf gegen die Nazi-Partei informiert. „Einige der hetzerischen Nazi-Plakate, mit denen Bremerhaven überschwemmt war, wurden abgerissen oder überplakatiert. Die Reaktion der Anwohner, die aus ihren Fenstern schauten oder vor den Türen standen, war sehr positiv. Viele regten sich über die ausländerfeindliche Propaganda in den Briefkästen, an Plakatewänden und das DVU-Flugzeug auf. Diese flog über die Demo - die Nazis trauten sich nicht, uns am Boden gegenüberzutreten!“

Offensiv gegen Rechts

Naive Menschen werden jetzt, nachdem die DVU bei den Wahlen am 15. Mai mit „nur“ noch 4,7 Prozent in Bremerhaven und

2 in Bremen ihre parlamentarische Tribüne verloren hat, glauben, daß sei der große Verdienst der anderen Parteien. Ihr Erfolg läge darin, die Nazis ignoriert und totgeschwiegen zu haben. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Ignorieren heißt auch dulden. Von der Nordsee-Zeitung und den Parteien gab es keine Informationen darüber, was hinter der DVU steckt. Kein Wort darüber, daß der Münchner Vorsitzende Gerhard Frey Multimillionäre und Wohnungsspekulant ist, welcher seinen ferngesteuerten Parteikameraden Marion Blohm und Siggis Tittman vorgefaßte Texte zukommen ließ, in denen Ausländer zu Sündenböcken für alle Probleme gemacht werden. Kein Wort darüber, daß Frey sein Vermögen durch Wuchermieten sein Vermögen „verdient“ hat.

Dieses Aufgabe fiel uns zu.

Die SAV wird den Kampf gegen die DVU fortsetzen, damit sie am 24. September endgültig aus Bremerhaven vertrieben wird. 2695 Stimmen bei der letzten Wahl sind 2695 Stimmen zuviel! Wir werden die Wut, die sich auch in „Protest wählen“ äußert, in die richtige Richtung lenken - zur Unterstützung des Aufbaus einer sozialistischen Alternative.

Der Kampf gegen Nazis ist vor allem ein Kampf gegen Rechts, da nicht nur hetzende, mordende Prügelfaschisten und ihre parlamentarischen Vertreter wie die DVU eine Gefahr sind, sondern auch jene Politiker, die durch Sozialabbau, fehlende Kindergartenplätze und den Verkauf der Stäwog dieses erst ermöglichen. Geburtshelfer der DVU sind die Bundesregierung und ihre Handlanger vor Ort. Wir sind aktiv gegen ihre Arbeitsplatzabbau und ihre Kürzungspolitik.

Hände weg von unseren Wohnungen



„Wenn ihr unsere Wohnungen verkaufen und die Mieten steigen lassen wollt, werden wir kämpfen.“, so eine Rentnerin, die seit 40 Jahren in einer Stäwog-Wohnung lebt. Und das meinen tausende Mieter hier.

**Birgit Wilhelms,
Mieterinitiative
Bremerhaven**

Wer glaubte, die Stäwog (Städtische Wohnungsgesellschaft) wäre mit der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar schon verkauft, der hat nicht mit der Mieterinitiative gerechnet!

Fortsetzung Seite 5

Anrufen, mitmachen: SAV-Bürgertelefon 04 71 / 41 75 48